



Personenwahlbündnis FÜR Esslingen

16. November 2015

Gemeinderatssitzung November 2015

Rede zum Haushaltplanentwurf 2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Zieger,

sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten am Anfang der Verwaltung danken, dass sie das Zahlenwerk erarbeitet und vorgelegt hat und selbst klar ausdrückt: Dieser Haushaltsplan ist kurzfristig gesehen in Ordnung. Langfristig aber, so sagt es schon der Vorbericht, führt diese Kommunalpolitik in noch höhere Verschuldung. Der Haushaltsvorbericht weist selbst darauf hin, dass mit dem Haushaltsplan der Finanzierungsmittelbestand um 17 240 950 Euro abnimmt und der Finanzierungsspielraum damit aufs äußerste eingengt ist.

In dieser Gesamtbeurteilung des vorliegenden Haushaltsplan-Entwurfs stimmen wir mit der Verwaltung und mit vielen unserer Vorredner überein. Er ist in der Tat formal «genehmigungsfähig». Auch die Kritik mancher unserer Vorredner teilen wir, nämlich, dass der Haushaltsplan eng gestrickt ist, dass er nicht nachhaltig ist, dass Ressourcen der Stadt verbraucht werden, die für die Zukunft noch mehr gebraucht werden als gegenwärtig. Auch unterstützen wir die Forderung, dass es keine Erhöhung der Kreisumlage geben darf, sondern dass Gemeinde und Kreis sich intensiv und nachdrücklich dafür einsetzen müssen, dass Bund und Land für die Unterbringungskosten der Flüchtlinge aufkommen müssen.

Wenn aber diese Gesamtbeurteilung unstrittig ist, so ist die wichtigste Frage, was ist die Ursache des Wegs in immer höhere Verschuldung. Was muss dagegen getan werden. Eine Veränderung der Haushaltsführung ist unabweisbar.

Die Kommunen sind der Teil der staatlichen Verwaltung, der für fast alle Fragen des täglichen Lebens der Bevölkerung da ist, für Wasser, Luft, Erziehung, Krankenpflege und Vorsorge, Unterstützung der Bedürftigen usw. D.h. für die Gemeinschaftsaufgaben, für die eine Wirtschaft und Gesellschaft sorgen muss, damit die Bevölkerung leben kann. Für Wohnung, Kleidung, Ernährung gehen die Menschen zur Arbeit und hoffen auf ausreichenden Lohn dafür, was bekanntlich für immer weniger zutrifft.

In Berlin werden aber Gesetze gemacht, die die Bezahlung der lebensnotwendigen Gemeinschaftsaufgaben für die Kommunen immer mehr unmöglich machen. Allein die Hartz-Gesetze bedeuten, dass die Sozialausgaben aufgrund von Niedriglöhnen, Zeitarbeit immer mehr steigen, ohne dass dafür mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Vor allem, ohne dass solche Gesetze rückgängig gemacht werden.

Es werden Gesetze gemacht, die die Umweltzerstörung vorantreiben mit der Förderung von Abgasen aus Verbrennungsmotoren aus Verkehr und Industrie, anstatt die längst entwickelten Wasserstoffmotoren, sowie erneuerbare Energien insgesamt zu fördern und durchzusetzen, so dass bis zum Jahr 2030 mindestens 90% der Energie aus erneuerbaren und die Umwelt nicht zerstörenden Quellen – Wind, Wasser, Sonne und Erde stammen. Das ist eine Mindestforderung, die technisch längst möglich ist. Die Folgen dieser Politik tragen die Kommunen, Esslingen z.B. mit immer höheren Ausgaben für Wasserschutz. Dabei wird der Luftverschmutzung und deren Krankheitsfolgen noch so gut wie keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Es werden Beschlüsse gefasst, die zu einer Erhöhung des Individualverkehrs und des Gütertransports auf der Straße führen, wie Stuttgart 21, Abbau der Gütergleise, Güterbahnhöfe usw. sowie dem versuchten Logistikzentrum, das die Bevölkerung gestoppt hat. Die Folgen - nicht nur Temperaturanstieg, regionale Unwetter, Baumsterben, sondern auch mehr Lungenerkrankungen, wachsende Zahl von neurologischen und Krebserkrankungen. Aber auch Zerstörung der Straßen und Brücken besonders durch den Schwerlastverkehr. Diese Folgen aber sollen dann die Kommunen tragen.

Es werden Gesetze gemacht und höchste Gerichtsbeschlüsse gefasst, dass die Konzerne Gewinne, die sie im Ausland zusätzlich machen und so gut wie gar nicht besteuern, auch hier nicht besteuert werden. Allein Schwäbisch Hall musste deswegen für die Firma Wirth 60 Mio. Gewerbesteuer zurückgeben. Ein erstes Beispiel der Politik der Senkung der Gewerbesteuern mittels Gerichtsbeschlüssen haben wir mit der Zahlung der 17,5 Millionen für Daimler erlebt.

Das Lieblingsargument für die Subventionierung der Konzerne ist immer, ohne deren Gewinne könnten wir nicht leben! Diese Rechnung geht immer weniger auf. Die Konzerne schaffen mit ihrem Run auf immer höhere Gewinne so viele Schäden, dass für die menschliche Existenz buchstäblich die Luft ausbleibt. Man denke nur an VW. Was wir brauchen ist eine Wirtschaft, die in Einheit mit der Natur und Daseinsvorsorge produziert.

Längst sind Gemeinden und Städte zu Dienstleistern für die Gewinne der Konzerne geworden. Sie bauen Straßen, Verkehrsknotenpunkte, Kanalisation für die Konzerne und kommen für die Folgen der Straßenzerstörung, der Luftverschmutzung usw. auf.

Nicht zuletzt gibt es eine Umverteilung der Gemeindefinanzen für die Banken. Allein in diesem Jahr zahlt Esslingen Zinsen in Höhe von 3 559 500 Euro Zinsen. Damit ist noch kein Euro der rund 300 Mio. Schulden, die Esslingen und seine Eigenbetriebe haben, zurückgezahlt. Ein Großteil der Schulden wäre bereits zurückgezahlt, wenn es wenigstens ein Zinsmoratorium gäbe.

Mit einem Wort: Im Grunde zeichnet der Haushaltsplan ein Bild, wie wir es von Griechenland kennen: Es werden von Staat und Regierungen Gesetze gemacht, die auf

Kosten der langfristigen und nachhaltigen Wirtschaft gehen. Zum Schluss wird auf jegliche Daseinsmöglichkeit der Bevölkerung verzichtet, ihnen das Dach über dem Kopf, der Arbeitsplatz, das Krankenhaus usw. genommen.

Aber Klagen reicht nicht!

Darin stimmen wir mit den Fraktionen hier nicht überein. Eine Umkehr von dieser Politik ist nötig. FÜR Esslingen fordert, dass die Verwaltung, der OB und der Gemeinderat ihre Stimme gegen diese Umverteilung auf Kosten der Daseinsaufgaben erhebt, vor allem im Städte- und Gemeindetag.

Dass alle Fraktionen sich verpflichten, ein Ende dieser Politik auf Kosten der Bevölkerung von ihren Parteien in Berlin zu verlangen.

FÜR Esslingen selbst setzt sich für einen alternativen Städtetag ein und nimmt an beginnenden Initiativen in dieser Richtung teil, um der Stimme der Gemeinden, die die Daseinsvorsorge immer weniger gewährleistet sehen, mehr und mehr Gewicht zu verleihen. Die Situation und ihre Ursachen müssen in der bundesrepublikanischen Bevölkerung breit diskutiert werden.

FÜR Esslingen fordert, dass Ausgaben für private Wirtschaft und private Einrichtungen nicht mehr getätigt werden, dazu zählen auch Ausgaben für den Verkehrsknotenpunkt von FESTO, für Wirtschaftsförderung, oder die 2 Mio. die dieses Jahr die nichtstädtischen Eigner von Kinderbetreuungseinrichtungen zusätzlich erhalten. Ebenso fordern wir, dass der private Kindergarten vom Daimler nicht weiter gefördert wird – das ist allein eine Million. Das gilt auch für das Kinderbetreuungsunternehmen „Giant Leap“.

Aus diesen wenigen Hinweisen ergibt sich schon eine Menge Ersparnisse:

- Zinsmoratorium: 3 559 500 Euro
- Verkehrsknotenpunkt Festo: 800 000 Euro
- Wirtschaftsförderung: Daimler-Kindergarten 1 Mio.€
- Kinderbetreuung „Giant Leap“ 1 Mio.€
- Investitionszuschuss für den Lutherbau: 100 000 €
- Allgemeine Wirtschaftsförderung: insgesamt 885 431€
- Keine Subventionierung der Deutschen Bahn: 790 000 Euro (5. Abschnitt der Südtangente)
- Keine Weiterentwicklung des von der Bevölkerung abgelehnten FNP: 250 000 €
- Kürzung der Ausgaben von 36 000 für Fachliteratur für das Justizariat um mindestens 28 000 Euro.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch auf eine Tendenz zur Neuschaffung hochdotierter Stellen hinweisen, u.a. die Stabsstelle für den öffentlichen Nahverkehr. In solchen Punkten trägt die Verwaltung selbst zur Aufblähung der Ausgaben bei.

Allein diese Anträge auf Kürzungen ergeben weniger Ausgaben in Höhe von 8 412 931 Euro.

Zusätzlich zu diesen Einsparungen fordern wir die Erhöhung der Gewerbesteuer von 390 auf 410 Punkte, was ca. 1 Mio. Euro ausmachen dürfte. Damit hätten wir insgesamt 9 412 931 Euro mehr für die Daseinsvorsorge der Bevölkerung.

Es gibt genügend wichtige Belange, die mit dem Geld erfüllt werden können. Wir beantragen:

- Kostenlose städtische Kinderbetreuung
- Keine Erhöhung des Essengeldes in den Kitas
- Keine Privatisierung des Klinikums Esslingen
- Keine Erhöhung der Friedhofsgebühren
- Für die schon beantragte Städtepartnerschaft mit Kobane 50.000 Euro
- Für einen kostenlosen eng getakteten Shuttleverkehr in die Innenstadt mit dem Ziel eines erheblich verminderten Anteils des individuellen motorisierten Nahverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen.
- Aufstellung von Luftmessstationen für Stickoxid, Ozon und Feinststäube mindestens an vier Stellen in Esslingen: Mettingen, Pliensauvorstadt, Entengrabenstraße und Schorndorfer Straße
- Kataster für Umwelterkrankungen insbesondere für Neubildungen und Lungenerkrankungen
- Kostenlose städtische Räume für Kinder- und Jugendarbeit
- Mehr Geld für Sozialwohnungen für Bewohner und Flüchtlinge
- Erhalt des Bürgerhauses Mettingen und der Stelle im Bürger- und Mehrgenerationenhaus Pliensauvorstadt im bisherigen Niveau
- Entsiegelung und Umgestaltung des alten Busbahnhofes als Grünfläche und Park
- Erhalt, Erweiterung und Sanierung der Stadtbücherei in der Heugasse

Wir sind der Meinung, dass die Erzieher immer noch zu gering bezahlt werden, und dass die Verwaltung über die Personalkosten der Erzieher nicht mehr klagen sollte.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dilek Toy